

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 25.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro halbjährige Beile oder deren Raum 25, für Jahrl. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, den 22. Juni 1907.

Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Münzstr. 5. Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III. Fernsprech-Anschluß 3002. Druck von E. A. G. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Detmold, Hodejuch, Verburg, Herzberg, Straubing, Woldegt, Langenberg, Garburg, Elmshorn, Wittenberge, Ebersdorf, Eisenberg, Hannover und Oggersheim.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Dresden, Fürth, Wolgast, Flensburg, Erfurt, Berlin, Belten, Ziegel, Hennigsdorf, und Bismar. Bezug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Fabrikinspektoren und Gewerkschaften.

Ein deutlicher Beweis für den wachsenden Einfluß und die steigende Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung sind die Äußerungen der preussischen Fabrikinspektoren in ihren Berichten. Nicht, als ob sie den Wert der gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeiterschaft voll erkannten hätten oder ihn voll würdigten — das kann man schließlich von einem königlich preussischen Gewerbeamt nicht erwarten —, aber während sie früher nur nebenher und oberflächlich die Gewerkschaften erwähnten, sind sie heute gezwungen, wenn sie nicht auf eine Schilberung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter überhaupt verzichten wollen, auf das Wirken derselben einzugehen.

Selbstverständlich ist von einer objektiven Beurteilung heute noch keine Rede, auch genießen alle nichtgewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter anscheinend größere Sympathie der Beamten. Wenigstens hat noch keine neugegründete gewerkschaftliche Organisation so eingehende Beachtung gefunden wie der Verein der „nationalen“ Arbeiter Brombergs im Bericht des Bromberger Beamten, und wenn ein anderer Beamte berichtet, daß in Thorn ein Evangelischer Arbeiterverein unter reger Mithilfe des Gewerbeinspektors gegründet wurde, so läßt das allerhand Schlüsse zu, nur nicht den, daß das wirkliche Interesse der Arbeiter dabei gewahrt sei. Jedenfalls ist noch keine Zahlstelle einer modernen gewerkschaftlichen Organisation unter „reger Mithilfe“ eines Gewerbeinspektors zustande gekommen, obwohl sie sehr viel notwendiger und sehr viel nützlicher sind wie evangelische Arbeitervereine.

Welch eigenartige Auffassung von dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter mag auch derselbe Beamte haben, wenn er eine Jubiläumsfeier der Maschinenfabrik von Vorn u. Schütze in Mocker als einen „erfreulichen Beweis guten Einvernehmens“ bezeichnet. Daß die von Unternehmern inspirierte bürgerliche Presse derartigen Unsinn produziert, läßt sich schließlich begreifen, aber ein Gewerbeinspektor sollte denn doch etwas weniger befangen in der Beurteilung solcher Mäßen sein. Auch ein Vergleich zwischen dem sorgfältigen Registrieren eines jeden Pfennigs, den irgend ein Unternehmer den Arbeitern „schenkt“, und dem fast vollständigen Verschweigen der enormen Summen, die von den Organisationen der Arbeiter aufgewendet werden, läßt erkennen, daß die Beamten nur insoweit von den Gewerkschaften Notiz nehmen, als es unbedingt nötig ist. Trotzdem oder gerade deshalb haben die einzelnen Urteile für uns erhebliches Interesse, denn sie spiegeln die Meinung von Männern wider, die einmal nicht ohne Voreingenommenheit unsere Bewegung beachten und andererseits auf einem Posten stehen, der ihnen, wenn sie sehen wollen, einen tieferen Einblick in das Wirtschaftsleben ermöglicht. Wenn es nun den Organisationen gelingt, diesen Beamten Beachtung und Achtung abzuwinden, so können wir das sehr wohl als einen neuen Beweis für das allseitige Erstarken unseres Einflusses betrachten. Allerdings, zu einer so rückhaltlosen Anerkennung wie der Württemberger Beamte, dessen Urteil wir in Nr. 15 des „Proletarier“ anführten, haben sich die preussischen Beamten noch nicht aufgeschwungen, immerhin finden wir eine ganze Anzahl direkt und indirekt anerkennender Äußerungen.

Bei der Unfallverhütung wird anerkannt, daß die Gewerkschaften auf Schaffung und Benutzung geeigneter Schutzvorrichtungen hinwirken; allerdings wird den Arbeitern von fast allen Beamten der Vorwurf gemacht, daß sie die getroffenen Schutzmaßnahmen nicht beachten. Daß diese Nichtbeachtung ihren Grund fast immer in der Undurchführbarkeit der geschaffenen Schutzvorrichtung oder der Undurchführbarkeit bzw. Unzweckmäßigkeit der angeordneten Vorschriften hat, sollten eigentlich die Beamten wissen.

Besonders interessant ist die Beurteilung der gewerkschaftlichen Kämpfe, namentlich die Stellungnahme zu den Tarifverträgen. Ein großer Teil der Beamten begnügt sich mit der bloßen Aufzählung der Konflikte, einzelne lassen Bemerkungen einfließen, die trotz ihrer Kürze interessieren. So bemerkt der Wiesener Beamte:

„Vereinbarungen über Lohnsätze sind nur in den Betrieben getroffen worden, in welchen organisierte Arbeiter tätig sind... Wenn auch in einzelnen Fällen die Forderungen der Arbeiter nicht ganz durchgesetzt wurden, so führten sie doch im allgemeinen zur Vereinbarung höherer Tarife.“

Und der Breslauer Beamte schreibt:

„Die Erfolge, die die Arbeiterschaft durch Tarifvereinbarungen erreicht hat, müssen als recht erheblich bezeichnet werden, sowohl was die Erhöhung der Löhne, als auch was die Beschränkung der Arbeitszeit betrifft.“

Im Bericht des Düsseldorf Beamten heißt es:

„Nach den hiesigen Erfahrungen haben die Tarifverträge sich im allgemeinen als beste bewährt und sich namentlich in den Gewerben als zuverlässig und die beiderseitigen Interessen fördernd erwiesen, wo die Arbeiter zum größten Teil in starken Verbänden organisiert waren, welche für die Innehaltung der Verträge eine genügende Gewähr bieten konnten.“

Der Beamte des Liegnitzer Bezirks gehört zweifellos nicht zu den einsichtigen. Seine Bemerkung, daß der Konsumverein Landshut in verschiedenen Dörfern Zweigniederlassungen gründete, um die Arbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen, zeugt von einer recht eigentümlichen Auffassung vom Wesen der Konsumvereine, und die Tatsache, daß 42 Arbeiter auf Anregung der Gewerbeinspektion „Allgemeine Ehrenzeichen“ erhielten, beweist, daß seine Veranschaulichung der Arbeiter sich durchaus im Sinne der Unternehmer bewegt. Trotzdem muß er zugeben, daß die Lohnsätze sich im allgemeinen durchaus bewährt haben.

„Je größer die vertragsschließenden Verbände sind, um so mehr ist die Innehaltung der Vereinbarungen gesichert. In lokalen Vereinigungen getroffenen Abmachungen gehen leicht in die Brüche, wenn Streitigkeiten entstehen. Im allgemeinen ist aber der Abschluß derartiger Verträge von Vorteil für beide Teile.“

berichtet der Beamte aus dem Regierungsbezirk Schleswig.

Noch andere Argumente führt der Wiesbadener Beamte an:

„Durch den Abschluß eines Tarifvertrages auf längere Zeit wird den unaufhörlichen Lohnstreitigkeiten ein Ende gemacht. Die Arbeitgeber erhalten dadurch eine zuverlässige Unterlage für ihre Berechnungen und brauchen nicht mehr zu fürchten, daß ihnen plötzlich ein unvorhergesehener Ausbruch alle Vorschlüsse über den Kopf hinweg. Auch das häufige Wechseln der Arbeiter von einem zum andern Betriebe wird eingeschränkt. Endlich ist es auch nicht zu verkennen, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern ganzer Verbände ruhiger und sachlicher geführt werden können als zwischen einem Arbeitgeber und seinen Arbeitern, da hierbei persönliche Mißstimmungen kaum zu vermeiden sind.“

Zweierlei geht aus den oben angeführten Äußerungen der Beamten klar hervor. Erstens: die Tarifverträge bringen dem Arbeiter eine wesentliche Besserung seiner wirtschaftlichen Lage, und zweitens: Tarifverträge können nur abgeschlossen werden, bzw. haben nur Wert, wenn die Arbeiter in starken Organisationen vereinigt sind.

Die logische Konsequenz dieser Sätze ist aber, daß wir rastlos arbeiten müssen am Ausbau unserer Organisation, um für unsere Kollegen und Kolleginnen mehr noch wie bisher Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu gewinnen durch tarifliche Regelung derselben. Erfreuliche Erfolge in dieser Hinsicht hat uns das Jahr 1907 schon jetzt gebracht, beträgt doch die Zahl der Arbeiter, deren Arbeitsverhältnis tariflich geregelt wurde, schon jetzt mehr wie im ganzen Jahre 1906; eifrige Weiterbildung wird die Erfolge vervielfachen.

Scharfmacher und Organisationszersplitterer aber können aus obiger Zusammenstellung lernen, wo die Interessen der Arbeiter gewahrt werden. „In starken Verbänden“ sagen die preussischen Fabrikinspektoren; starke Verbände sind aber nur die freien Gewerkschaften. Also: Auf zur Agitation für die freien Gewerkschaften!

Die Christlichen und die Landarbeiter.

Die „Christlichen“ können immer den Mund nicht voll genug nehmen, wenn sie sich den Arbeitern als „wahre Interessensvertretung“ in Erinnerung bringen wollen, und sie mimen den Enttäuschten, wenn ihnen die Schädlichkeit ihrer arbeitszersplitternden Tätigkeit zum Vorwurf gemacht wird. Hervorragendes im Schreien und Schimpfen leistet aber die „Ge-

werkschaftsstimme“, das Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes. Jede Seite des Reichsverbandes schleppt es zehnmal durch seine Spalten, und jedes Ungemach, das irgend einem frommen Christen passiert, haßt es wohlgenut den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften auf. Haben die getreuen Anhänger der Christlichen Löhne zerrissen oder sind ihnen die Fahrtragschlüsse gepflagt, so sind die bösen Sozialdemokraten schuld daran, die sie zerschneiden und zerstoßen haben, und mit den zerschrittenen Gerüststangen in Ingolstadt — die bekanntlich heute noch ganz sind — hat das Blättchen wochenlang seine Notizen „geschmückt“, allen Berichtigungen und Gerichtsurteilen zum Trost. Selbstverständlich lesen wir es ab, auf die Verleumdungen, die das Blatt fast in jeder Nummer über unsere Organisation ausschüttet, einzugehen, dazu ist der Raum unseres Blattes zu kostbar, aber einige Sätze einer Rede, die der Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“, Wolf, auf einer Landarbeiterversammlung in Wangolbin gehalten hat, müssen unbedingt eine weitere Verbreitung erfahren.

In Bayern, im Regensburger Bezirk, hatten sich nämlich eine Anzahl Landarbeiter dem christlichen Verbände der Hilfs- und Transportarbeiter angeschlossen. Wie das unter Christenleuten nun einmal so üblich ist, ließen sich die frommen Zentrumsbauern diesen Eingriff in das patriarchalische Vorrecht nicht gefallen; die Gutsherren maßregelten die Wortführer der organisationslustigen Landarbeiter und kündigten ihnen auch die Wohnung. Daraufhin hat der genannte christliche Verband eine Versammlung veranstaltet, in der der christliche Gewerkschaftsführer bezüglich der Haltung der christlichen Arbeiter zur Landwirtschaft folgende Leitsätze aufstellte:

1. Die christlichen Gewerkschaften sehen in der Landwirtschaft das Rückgrat des deutschen Volkes, suchen daher diese aus volkswirtschaftlichem Interesse gegen jede schädigende Konkurrenz zu schützen.

2. Die christlichen Gewerkschaften haben den neuen Zolltarif mit dem Rückschlag der Landwirtschaft gebilligt und auch gegen die Angriffe der Sozialdemokratie unter den schwierigsten Umständen verteidigt.

3. Da sie der Landwirtschaft erhöhten Schutz zubilligen, erwarten sie, daß alle Glieder dieses Standes an den Segnungen der neuen Handelsverträge teilnehmen, vor allem wünschen wir eine größere Beachtung des Landarbeiters.

4. Da die christlichen Gewerkschaften grundsätzliche Freunde der Landwirtschaft sind, fallen alle Befürchtungen der Landwirte als grundlos zusammen. a) Die christlichen Gewerkschaften werden ihre Forderungen erst aufstellen nach reiflicher Ueberlegung und nach sorgfältiger Prüfung der jeweiligen Verhältnisse, vor allem ist eine Uebertragung der industriellen Löhne in die Landwirtschaft **unsinnig**. b) Die Arbeitszeit wird in der Landwirtschaft nicht auf bestimmte Stunden festzulegen sein, da die Landwirtschaft von der Günst der Witterung abhängig ist. c) Die Organisationen wollen nicht den Streit in die Landwirtschaft übertragen, sondern durch feste, angemessene Verträge der Landwirtschaft einen treuen Arbeiterstamm vermitteln und das Davonlaufen der Landarbeiter vor Ueberverteilung durch den Arbeitgeber schützen. d) Die Gewerkschaften werden das Pflichtbewußtsein der Arbeiter heben und dadurch die Unfälle der Montagsbummelei aufheben, Sparbarkeit pflegen und die Arbeiter zu Intelligenzen heranbilden, welche ihre Arbeit nicht mechanisch verrichten, sondern sich für ein Gedeihen ihrer Arbeit interessieren.“

Hier wird also unumwunden zugegeben, daß die christlichen Gewerkschaften die wahnsinnige Sozialpolitik Deutschlands, die den Arbeitern eine ganz enorme Verteuerung der Lebenshaltung gebracht hat, gebilligt und gegen die Angriffe der Sozialdemokratie verteidigt haben. Das ist ein wertvolles Geständnis und wir werden nicht verfehlen, die christlichen Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, wie die christlichen Gewerkschaften die Arbeiterinteressen mit Füßen treten. Daß der christliche Redakteur Wolf es für Unsinn erklärt, den Landarbeitern den beschriebenen Lohn zu bezahlen, den heute der Industriearbeiter erhält, ist ein weiterer Beweis für den Unsinn, die christlichen Führer als Arbeitervertreter hinzustellen. Daß es sehr wohl möglich ist, in der Landwirtschaft eine geregelte Arbeitszeit einzuführen, ist bewiesen, die gegenteilige Behauptung bezweckt Treführung der Arbeiter.

Noch deutlicher wird der „Regensburger Anzeiger“, der die Ausführungen des christlichen Redners wie folgt ergänzte:

„Die Organisation der Landarbeiter, insbesondere im Regensburger Bezirk, erwies sich als höchst zeitgemäß, je notwendig: 1. weil die landwirtschaftlichen Arbeiter auf den Gütern sich bereits seit längerer Zeit mit dem Gedanken einer Vereinigung trugen; 2. um den Sozialdemokraten, die bereits seit langem ihr Augenmerk einer systematischen Unwerbung der Landarbeiter zugewendet hatten, zuvorzukommen und dadurch die

große Gefahr einer sozialistischen Verfeinerung der Arbeiterklasse auf dem Lande abzuwehren.

Um zu verhindern, daß die Arbeiter sich einer „sozialdemokratischen“ Gewerkschaft (gemeint ist unser Verband) anschließen, müssen christliche gegründet werden. Das ist deutlich und kennzeichnet die christlichen Zerplitterter besser wie lange Artikel. Wir quittieren das Geständnis, daß die Christlichen ein Bollwerk gegen die freien Gewerkschaften und eine Schutztruppe der Unternehmer sind.

Lohnkämpfe der Landarbeiter.

Was sagen dazu unsere Ostelbier? Die Landarbeiter der italienischen Provinz Parma, eines Distriktes, der noch vor wenigen Jahrzehnten mit dazu gehörte, die deutsche Arbeiterbewegung durch Entsendung von Streikbrechern zu schädigen, haben sich dank der sozialistischen Schulung zum gemeinsamen Auftreten gegen ihre Feinde aufgeschwungen. Und der Kampf, an dem gegen 32.000 Personen beteiligt waren, endete siegreich! Noch mehr als das: er hatte einen Erfolg, der im ostelbischen Deutschland für unmöglich erklärt werden muß: die Landarbeiter errangen einen elfstündigen Maximalarbeitstag! Der Maximalarbeitstag gilt auch für das Hofgelande!

Hier haben unsere Agrarier die Lösung der Arbeiterfrage! So lange die ländlichen Arbeiter Italiens nicht in der Lage waren, durch die Macht der Koalition günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, verließen sie in Scharen das Land, anderwärts auch als Lohnbrüder immer noch bessere Verhältnisse erhaltend. Jetzt bleiben sie im Lande, dort an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse arbeitend.

Man gebe den deutschen Landarbeitern das Koalitionsrecht und die Arbeiterfrage ist — jenseitig dies innerhalb der modernen Gesellschaft möglich ist — für beide Teile gelöst!

Streikende Kinder in der Landwirtschaft.

Daß wegen unzureichender Lohnzahlung Schulkinder in einen Streik treten, ist leider eine seltene Erscheinung. In Meng, einem Dorfe unweit Magdeburg, hat sich ein solcher Fall ereignet. Von dem dortigen Gutsbesitzer Friede waren am Dienstag vorletzter Woche 20 Schulkinder aus dem benachbarten Orte Wiederitz zum Rübenervergießen angenommen worden. Die Knaben hatten eine halbe Stunde gearbeitet, als sie einen unter sich zu dem Gutsbesitzer entsandten, um zu erfragen, wieviel Lohn er zahle. 30 Pfennig für den halben Tag — war die Antwort. Das genügte den Kindern nicht, sie legten sofort die Arbeit nieder und entzweiten sich. Am nächsten Tages begaben sie sich zum Rittergut Königshorn, um dort die gleiche Arbeit zu verrichten. Sie hatten darauf hingewiesen, daß sie bei 30 Pf. Lohn in Meng ihre Tätigkeit eingestellt hätten, worauf ihnen in Königshorn 50 Pf. zugestanden worden waren. Das ist natürlich auch nur eine geringfügige Entlohnung. Aber sie ist immerhin um 66 2/3 Prozent besser als der niedrige Lohn von 30 Pf. Das Wort Solidarität haben diese kindlichen Arbeiter besser begriffen als — leider — mancher erwachsene Arbeiter.

Ein Rückblick auf den Streik von Argenta.

Ein Landarbeiterstreik, an dem über 8000 Personen beteiligt sind und der 90 volle Tage währt, gehört auch in der an Landarbeitersstreiks so reichen Geschichte des italienischen Proletariats zu den Seltenheiten. Besondere Beachtung verdient aber der Streik von Argenta, weil der Sieg diesmal über einen sehr organisierten Gegner errungen wurde, wie das bisher nur bei den großen Reisarbeiterstreiks in Molinella der Fall war. Die großen Siege des Landproletariats, die im Jahre 1900 in Italien so zahlreich errungen wurden, hatten die Grundbesitzer in den Zustand völliger Unorganisiertheit überführt; nachdem sich die Besitzer organisiert hatten, nahmen sie viele Zugeständnisse zurück. Jetzt hängt nun das Landproletariat an, auch mit dem organisierten Unternehmertum fertig zu werden. Die materiellen Ertragsgewinnen des Streiks von Argenta sind sehr beträchtlich, obwohl der Streik lediglich als Abwehrstreik begonnen hatte. Die Grundbesitzer hatten, wie erinnerlich, das Konfiskat, das dem Streik vom vorigen Herbst ein Ende gesetzt hätte, nicht eingehalten. Im besonderen hatten sie sich geweigert, zur Gründung des Arbeitsvermittlungsbureaus zu jähren, indem sie ihre zur Nacht auszugehenden Ländereien anmelde und von der Gewerkschaftsvereinerung Personal zugewiesen erhalten sollten. Ferner hatten sie 64 Pächterfamilien gekündigt, was als Maßregelung angesehen wurde.

Nach dem am 4. Juni unterzeichneten Konordat verpflichteten sich die Besitzer, das ihnen zu beschaffende Arbeitsvermittlungsbureau zu gründen und an erster Stelle organisierte Arbeiter anzustellen. Weiter verpflichteten sie die Zahl der Kündigungen auf 7 Familien und verpflichteten sich, daß die Gutsbesitzerorganisation diesen Familien befristet sein werde, im Kreis von Argenta selbst neues Land in Pacht zu erhalten. An weiteren Verbesserungen, die zunächst nicht im Programm der Streikenden waren, sondern nur gegenüber der wichtigsten Hartnäckigkeit der Unternehmer aufgestellt wurden, sind durchgesetzt worden: Verminderung des Pachtzinses um 15 Proz pro Hektar und Jahr, Uebernahme der Hälfte der Transportkosten der landwirtschaftlichen Produkte von der Ebene zur Ebene durch die Grundbesitzer (früher trugen die Pächter diese Kosten allein); Erhöhung des Zeilohnes bei allen Kulturen; Uebernahme aller Kosten für Drägen und sonstige Maschinenarbeiten durch den Besitzer. Auch Tagelöhner und Stallknechte erzielten Lohnsteigerungen.

Daß die Arbeiterstreik ohne Streikfonds es durchgesetzt hat, gegen 700.000 Arbeitslose einzustellen, ohne durch den Hunger besiegt zu werden, ist dem großen Lohn zu danken, die die Arbeiter ganz festhalten konnten. Alle Kinder aus dem Streikgebiet waren für zwei Monaten in Gewerkschaften untergebracht, wobei die Regierungsgewaltigkeit bewilligt, wie das bei Arbeitslosen zu geschehen pflegt. Außerdem hat es an Geldspenden nicht gefehlt, die im ganzen gegen 70.000 Lire betragen haben dürften. Da jeder Streikende um 1 Lire Pensions und 5 Centimes pro Kopf erhielt, konnte man es leicht erhalten, ohne je zu werden fröhlich, aber doch auch, ohne zu hungern.

Um den großen Sieg würdig zu feiern, haben die Arbeiter von Argenta 1000 Lire an die Angehörigen von Lami gesandt. Die Kündigungen, die die organisierten Grundbesitzer erlassen haben, nachdem sie erst erklärt haben, auf Verluste von Tausenden von Millionen gefaßt zu sein, wird von den Kapitalisten des ganzen Landes mit unbeschreiblichem Grollen hingesehen. Wie oft hat man in den letzten Monaten die Niederlage der letzten Streikenden verurteilt! In Graßmündigkeit hat es nicht gefehlt, aber an Solidarität — was es die Besitzer den Landarbeitern nicht nachzumachen.

Aus der chemischen Industrie.

Seherische Anläufe.

Wenn die chemischen Arbeiter ihre gestrigen Doktrinen und Forderungen mit abendlicher Bildung vor sich setzen sollen, so ist nicht abzusehen, daß diese Herren nicht auch von sozialen Fragen gewandt werden. Zunächst nicht ganz so weit, wie die Proletarier. Was denn bei der industriellen Revolution die Grundverhältnisse auch besser sind, so muß die Unwissenheit die Beteiligten, die aber dies wichtige ihrer gesamten Gedankens über keine so kurze Zeit befragen wie die Arbeiter, daß es nicht ist. So sehr, daß ihre Abhängigkeit vom Kapitalisten, was von ihnen zu erwarten Kaputt gehen werden. Wenn sie im Verstande die Arbeiter ihre kaiserlichen Gedanken nicht werden lassen, so geschieht dies aus Angst vor dem Arbeiter und um sich im „Recht“ zu erhalten, abgesehen von dem schrecklichen Mangel an einem konstanten Gehalt mit ihrer verheerenden Forderung nach Lohn, was, als vor einem Schritt aufzuweisen und abzuweisen. Was wenn die Herrschaft nicht ist, dann werden sie sich über den Land des kapitalistischen Proletariats aus, das auch auf ihren Schultern lastet. So jetzt eben wieder ein Herr C. R. in der Nr. 21 der „Allg. Chemiker-Ztg.“ (München). Dort schreibt der Mann: „Man braucht gewiß kein Sozialist zu sein, um zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß in unserer Zeit das immer mächtiger werdende Großkapital, das immer mehr selbständige Kräfte aufzucht und unter seinen Einfluß bringt, in unserer Zeit, in der übermäßige Kohlenmagnaten sogar Minister den Stuhl vor die Türe zu setzen vermögen, der wirtschaftlich Schwache, der Abhängige, nur zu seinem Rechte gelangen kann, wenn sich alle Sachgenossen einigen und als geeinte, kompakte Masse ihre Stimme erheben.“ Der Unternehmerverein der chemischen Industrie überläßt das Wohl und Wehe der Angehörigen seinen einzelnen Mitgliedern, und daß diese nicht übermäßig für ihre Leute sorgen, liegt in der Natur der Sache und gibt zur Verwunderung keinen Anlaß.“ Der Verein deutscher Chemiker (über dessen letzte Danziger Tagung wir einiges berichteten. Red. des „Proletariats“), der Unternehmer und Angestellte umfasse, vertrete ebenfalls „vollkommen den Unternehmerstandpunkt“ aus dem einfachen Grunde, weil seine Leitung nahezu ausschließlich in Händen von Unternehmern und deren Direktoren bzw. Professoren ruhe. Dafür bringt der chemische Doktor allerdings eine lange Reihe so schlagender Belege bei, daß man sich fast darüber wundert, wie lange die Herren studierten Fußgebeten sich die Kasführung durch diesen Verein gefallen lassen. Es wird außerdem der Nachweis geführt, wie die Vereinsleitung unter Aufsicht des auch den Arbeitern fastjam bekannten Direktors Dr. Duisberg-Eberfeld (Beyer) die sozialen Wünsche der schlechter gestellten Vereinsmitglieder entweder ins Gegenteil umschlägt, oder auf die lange Bank schiebt, oder gar unterdrückt. Es ist interessant zu sehen, wie immer wieder dieselben Erfahrungen mit „paritätischen“ Einrichtungen, Vereinen, Arbeitsnachweisen usw. gemacht werden. Sie stärken lediglich die Stellung der ohnehin schon Starke und helfen den Schwachen nichts! Deshalb sagt unser studierter Chemiker: „Das kann unmöglich so weiter gehen... Wenn schon gelegentlich der Mannheimer Hauptversammlung 1904 Direktor Kubierschky in höchst anerkennenswerter Weise nicht leugnen konnte, daß „die Güter unter die Chemiker recht ungleich verteilt“ seien, wenn... zugeben mußte, daß die „Brutalität im modernen Kulturleben vielfach gewachsen sei, und daß auch die Brutalität einzelner Personen sich heute mehr geltend machen könne als früher,“ so trifft das jetzt im Zeitalter der Koalitionen, in der die Macht einzelner Personen erheblich weiter gewachsen und die Anstellungsmöglichkeit weiter verringert worden ist, noch in weiterem Maße zu. Unser Interesse fordert es demnach unbedingt, daß wir uns zu einem Verein zusammenfassen, in dem wir selber Herren sind, in dem wir Resolutionen und Petitionen in unserem Sinne vor den Reichstag bringen können und so unsere eigene Sache zu führen in der Lage sind... Wir haben außer den Standesinteressen noch andere, erheblich wichtigere Interessen, und deshalb liegt geradezu ein dringendes Bedürfnis nach Neugründung eines Vereins vor.“ Die besondere Stellung der Chemiker als ehemalige Akademiker werde wohl seitens der Unternehmer zu ihren Gunsten gern ausgenutzt, zugunsten der Angestellten aber durchaus nicht selten unbeachtet gelassen, wie z. B. bei der Kontrolle der Chemiker beim Kommen und Verlassen der Fabrik, die sie völlig den Arbeitern gleichstelle.

Mano eine selbständige Gewerkschaft, ohne Bevormundung der Unternehmer und Direktoren, zur unabhängigen Vertretung der Klasseninteressen der chemischen Angestellten verlangt der chemische Doktor. Das ist ein sehr lobenswerter Anlauf zur Erkenntnis und Bewertung der tatsächlichen Machtverhältnisse. Er macht dem Mut und der Einsicht des Urhebers alle Ehre. Welche schätzbare Erfahrungen muß auch die Klasse der studierten Ausgebildeten in der chemischen Industrie gemacht haben, damit sie zu solchen praktischen Schlußfolgerungen kam. Freilich werden die Wortführer solcher Selbstständigkeitsbestrebungen in diesen Kreisen auf starke soziale Hindernisse stoßen. Im Mittelstand der kleinen Leute, aus denen diese Studierten hervorgehen, steht, namentlich in Deutschland, auch eine sehr große Portion Klassenvorurteil und Angst vor einer Organisation mit der Spitze gegen das Kapital und seine Gewaltthätigkeit. Selbst unter tapferen C. R. in der „Allg. Chemiker-Ztg.“ ist trotz der Entschiedenheit, mit der er auftritt, doch noch in jenen Vorurteilen befangen. Er beteuert wenige Zeilen nach seiner Forderung eines selbständigen Angestelltenvereins schon wieder, als hätte ihn Keue gepackt, „daß es uns vollkommen fern liegt, uns zu den Unternehmern in einen Gegensatz stellen zu wollen.“ Er will nichts von den Organisationen der technischen Angestellten wissen, weil er mit „unbesorgtem“ Elementen, die „gesellschaftlich“ und in der Bildung unter dem Akademiker ständen, nichts zu tun haben will und es verurteilt, daß jene Leute „in hegeleitiger Weise unzulässige Programme aufstellen und unerfüllbare Forderungen erheben.“ Und das schreibt derselbe C. R., der sich nicht genug darüber erregen konnte, daß Direktor Duisberg chemische Angestellte, die tapfer für ihr Klasseninteresse eintraten, als „Seher“ denunzierte! Man sieht, wie recht wir hatten, wenn wir vorläufig erst einmal nur vom „Anlaufen“ zur besseren Erkenntnis sprachen. Selbst in den Köpfen der Klareren aus den Reihen der chemischen Akademiker sieht es noch sehr bunt aus, und da die Masse dieser Leute noch viel unklarer und noch viel ärger mit Vorurteilen und Dünkel behaftet ist, dürfte es mindestens so schwer sein, als bei den Kaufleuten, eine wirkliche Klassenbewußtseins-Gefühlsgewandtheit auch hier zustande zu bringen. Die Arbeiter haben eben durch ihre proletarische Herkunft und Klassenlage den großen Vorteil, daß sie durch nichts an die beherrschende Gesellschaft gebunden sind. Sie allein haben „nichts zu verlieren, als ihre Ketten, aber eine ganze Welt zu gewinnen.“ Wenn also zwei von gutem Willen und immerhin besserer Einsicht unter den chemischen Doktrinen und Betriebsführern wie unser C. R., unter ihren Lebensgefährten keine großen Erfolge haben werden, so sollten sie doch die Organisationsbestrebungen und Erfolge der chemischen Arbeiter desto mehr fördern. Schon dadurch würden sie sich ein Ruhmesblatt gewinnen und schon damit wäre viel gewonnen, auch für ihre Sache!

Wieder einmal eine große Explosion!

Der Schanplatz ist diesmal das Fachwerk in Mähleim a. M. bei Offenbach im Hessen. Am 5. Juni gegen Mitternacht, während der verhängnisvollen Nacharbeit, geschah das Unglück, über welches bürgerliche Blätter des Morgens wie folgt berichten: „Danach wurden die Mähleimer Bürger kurz nach 1/11 Uhr aus ihrem trüben Schlafe geweckt. Denn um diese Zeit erfolgte von dem am Main gelegenen Fachwerk her ein donnerähnlicher Schlag, daß die Fenster scheiterten in ihren Fenstern schrien. Und als man in voller Befürchtung und notdürftiger Kleidung an die Fenster eilte, sah man noch einen Moment lang einen tiefen Flammenstrahl in die Nacht hineinleuchten. Dann war es wieder still und dunkel. In der Destillationsabteilung der Fabrik war ein Delbesillierkeßel explodiert und hatte die ganze Halle von 25 Meter Länge und 25 Meter Breite mit in die Luft gerissen. Dabei war der 28jährige Arbeiter Ernst Mähleim entsetzt aus Rennekaplan im Kreise Gelnhäusen auf eine entsetzliche Weise ums Leben gekommen. Mit halb abgerissener Schädeldecke und Brandwunden am ganzen Körper wurde er mit großer Mühe aus dem Trümmerhaufen herausgezogen. Sofort jedoch mußten die Mähleimer Feuerwehre und die Fabrikfeuerwehre mit ihren Hydranten dem in Flammen sich befindenden verheerenden Hele zu Leibe gehen, ehe man den Toten herauschaffen konnte. Gegen 1 Uhr waren die Löscharbeiten beendet. Gefahr für die Nebengebäude bestand nicht. Ihnen war aber durch die Explosion schon genug zugefügt worden. Eine Seitenhalle, die ungefähr die gleichen Dimensionen wie der Explosionsraum besitzt, hat jetzt den blauen Himmel zum Dach. Ihre Ziegeln und Dachlatten liegen hinter der Fabrik zerstreut im Felde und in den Gärten, die Fensterrahmen mit den kleinen quadratischen Scheiben sind aus ihrer feineren Umfassung herausgerissen. An den anderen Fabrikstrahlen sind nur die Scheiben zertrümmert oder doch wenigstens gesprungen. Ein wüstes Bild bietet die Unfallstelle selbst. Ein paar Sparren und Balken markieren noch die Stelle, wo einmal ein Dach war. Die eine Giebelwand wurde vollständig der Erde gleichgemacht, die anderen Wände stehen noch als dürre Gerippe. Röhren, Eisenbleche, Transmissionsen und umgestürzte Bottiche liegen zerbrochen und überstülpt unter und übereinander. Die Kasse, die ringsum unter dem Hallendach waren, sind zusammengebrochen oder verborgen, einige der Behälter für Farbstofflösungen sind herabgestürzt, einige stehen noch windschief, daß die Sonne in ihrer schillenden Flüssigkeit ihre Kringe schlägt. Nur die hohen Schornsteine ringsum stehen wie unverwundbare Riesen unberührt neben dem traurigen Schanplatz. Sie qualmen, als sie nichts gefehlet, und auch in den übrigen Abteilungen des großen Fabrikapparates laufen die Räder und pfeifen die Maschinen wie sonst.“ Wie die Explosion entstand? Das weiß niemand. Der einzige Augenzeuge in dem gefährlichen Moment ist tot. Er hatte den Apparat zu bedienen, und wenige Minuten vorher war noch der Werkmeister durch den Raum gegangen, ohne das geringste zu merken. Man weiß nicht einmal recht, ist die Explosion in dem Delbesillierkeßel von 2 Meter Länge und 1,50 Meter Durchmesser, oder ist sie im Zusammenhang mit dem lechspferdigen Gasmotor entstanden, der durch Vacuumröhren aus dem Delkeßel Luft herauszog, um durch Schaffung eines luftleeren Raumes untiesame Wandteile des Deles zur Ausdehnung zu bringen. Weißt noch, daß man eine Gasexplosion voraussetzt, die dann den Delbehälter in Mitleidenschaft gezogen hat. Die Hauptexplosion muß mehr in der Luft als im Keßel erfolgt sein, weil man in den entsetzten Orten, wie Feschenheim, Kumpenheim und Offenbach, einen fast ebenso heftigen Knall vernahm, wie in der Umgebung. Eine recht seltsame Erscheinung ist auch, daß sich der Weg der Schallwellen... den hohen Luftdruck verursachten, ganz einseitig nach der Offenbacher Seite fortspangte. Was in dieser Richtung von Fenstern zu erreichen war, sogar weit entfernt, in der Nähe des Bahnhofes Mähleim, eine Erschütterung, wurde vernichtet. Aus allen diesen Umständen läßt sich aber immerhin gar kein maßgebender Schluß auf die Ursache ziehen, sie wird wohl ein Rätsel bleiben, das auch das Amtsgericht Offenbach und die Kesselpolizei Darmstadt, die zur Bestimmung am Orte waren, nicht lösen. Der Schaden ist bedeutend, der Verunglückte ein Vater von fünf kleinen Kindern. Wir aber schließen die Akten noch lange nicht über solche Vorkommnisse. Wir erinnern uns, daß die großherzoglich heftige Fabrikexplosion in Offenbach, welcher der Betrieb untersteht, schon einmal aus ähnlichem Anlaß über starke Nachlässigkeit derselben Unternehmung Beschwerde zu führen hatte. Diese amtliche Aufschreibebüchse mußte nämlich schon 1904 in ihrem Jahresbericht (S. 112) von dem Mähleimer Fabrikbericht berichten: „In einer Anilinfabrik zerplatzte ein auf dem Hofe liegender zylindrischer Druckluftkeßel für 2 1/2 Atmosphären Betriebsdruck und 5 Meter Länge und 1,8 Meter Durchmesser. Der abgerissene Boden traf zwei zufällig vorübergehende Arbeiter und tötete diese sofort... Er zeigte sich an mehreren Stellen fast durchgerostet, an anderen Stellen bedeutend gewölbt, so daß er dem Betriebsdruck nicht mehr Stand halten konnte... Seit dieser Zeit werden die Druckluftkeßel der Fabrik häufiger, als die Vorschrift gebietet (!), genaueren inneren Revisionen und Druckproben von einem besonders angeestellten Ingenieur unterworfen.“ Von einer strafrechtlichen Untersuchung oder gar von einer Bestrafung für die Nachlässigkeit von 1904, die zwei Proletariern das Leben kostete, wußte der Inspektor nichts zu berichten. Jetzt richtete ein Delkeßel das Unheil an. Vielleicht mußte das erst geschehen, damit der „besonders angeestellte Ingenieur“ nicht bloß die Druckluftkeßel, sondern auch die Delkeßel häufiger, häufiger, als die Vorschrift gebietet (!), untersucht. Denn die „Vorschrift“ scheint recht herzlich mangelhaft zu sein, wenn sie solche Dinge zuläßt. Auch steht wohl der Offenbacher Gewerbeinspektor jetzt noch etwas energischer, als 1904, nach dem Rechen, namentlich im Hinblick auf eine etwaige strafrechtliche Verantwortlichkeit des Unternehmers; er hätte z. B. auch die Frage zu prüfen, wie lange der verunglückte Mann an jenem Tage schon arbeitete, ob er beschäftigt genug war, den komplizierten Apparat zu überwachen, wie hoch sich sein Lohn stellte usw. Sein preiswürdiger Kollege in Königshorn schreibt in seinem letzten Jahresbericht für 1906, daß Strafen sehr erzieherisch auf Unternehmer wirken. Von den Arbeitern in der chemischen Fabrik Mähleim a. M. in Mainz aber erwarten wir, daß sie entweder dem Beamten direkt oder durch unsere Vermittlung durch jede mögliche Aufklärung dienlich sind, schon, um sich und ihre Familien vor Wiederholungen solcher Katastrophen zu schützen. Möchten sie sich anders organisieren, als bisher, in „freien“ Gesellenland!

Wie die Unternehmer Statistik treiben.

Der bekannte günstige Wind hat uns einen gedruckten Fragebogen der deutschen chemischen Unternehmer über Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen der einzelnen Betriebe zugewandt. Danach fassen die Kapitalisten monatlich Statistik darüber, ob und wie tief in jedem Monat die Lohnsätze oder die Arbeitszeit verändert haben, ob freiwillig oder erst infolge einer Lohnbewegung, was in letzterem Falle beantragt und was bewilligt worden ist, ob ein Tarifvertrag und mit welcher Dauer geschlossen, ob die Arbeiterorganisation und ihr Arbeitsnachweis anerkannt wurde, welche Organisation die Arbeiterinteressen vertrat (ein wertvolles Zugeständnis angesichts des Umstandes, daß die Unternehmer sonst im öffentlichen Leben zu behaupten pflegen, daß unsere Organisationen die Interessen ihrer Mitglieder nicht vertreten), ob eine Mehrheit bei der Lohnbewegung vermittelte, ob die Arbeitswilligen „befähigt“ wurden usw. Erst ganz zum Schluß kommen Fragen nach Wohlfahrtsvereinen und Unfallversicherungsvereinen. Das Interesse an der Verfassung der Unternehmer in der Lohnfrage aber offenbar sich in der letzten Zeile, in der es heißt: „Welche Anfangslöhne zahlen Sie jetzt an erwachsene Hilfsarbeiter?“ Die Herren wollen offenbar wissen, wie tief herunter man noch immer gehen darf bei der Auslohnung der billigen und willigen Kräfte. Aus dem ganzen Fragebogen aber können unsere Kollegen ersehen, daß sich die Unternehmer aus gutem Grunde viel eher im Jahre mit statistischen Aufnahmen plagen als unsere Verbandsmitglieder; und daß diese deshalb ebenfalls viel eifriger in der Beantwortung unserer Verbandsstatistiken werden müßten, als bisher.

Die soziale Lage der deutschen Fabrikchemiker.

Auch diese Herren, gewöhnlich die Betriebsführer und Abteilungscheffe unserer Kollegen in den Fabriken, sehen sich gezwungen, immer mehr und energischer für Verbesserung ihrer sozialen Lage gegen das Kapital zu kämpfen. Zwar bringen sie es aus Angst vor den Unternehmern noch zu keiner wirklich selbständigen Bewegung. In ihren Vereinen sitzen vielmehr die Vertreter ihrer eigenen Unternehmer mit und bremsen, wo sie können. Manchmal hilft aber auch das Vremfen nichts mehr. So auch die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker, die Ende Mai in Danzig stattfand. Dort fand ein in der geschäftlichen Sitzung von Dr. A. Hesse-Berlin gemachter Vorschlag, einen sozialen Ausschuß zu schaffen, dessen Mitglieder Leiter von chemischen Fabriken, Angestellte und akademische Hochschullehrer bilden sollten, zuerst nicht den Willen des Vorsitzenden, Professors Duisberg, von den Eberfelder Farbenfabriken, den wir aus unserer Schrift über Profit und Arbeit in der chemischen Industrie als den Urheber des berühmten Wortes kennen, daß die Unternehmer „keinen Schritt aus den Grenzen ihrer Angestellten trüben“. Da aber aus der Hauptversammlung eine Reihe von Ablekern, unter ihnen in besonders eindrucksvoller Weise Dr. Lehmann vom kaiserlichen Patentamt, sehr warm für den Hesse'schen Vorschlag eintraten, scheint es sicher, daß der soziale Ausschuß, dem es an Aufgaben ja nicht fehlen wird, ins Leben treten wird. Hoffentlich gelingt es ihm, schon bis zur nächsten Jahresversammlung in Jena versöhnend und ausgleichend zwischen den widerstrebenden Interessen zu wirken, was jedermann im Interesse unserer deutschen chemischen Industrie aufrechtzuerhalten wird, damit nicht etwas, was sehr zu befürchten ist, eine radikale Richtung unter den Angestellten allzusehr an Boden gewinne.“ So schreiben bürgerliche Blätter zu dem Fortschritte, den sich da die studierten Chemiker für ihren sozialen Kampf errungen haben. Es ist das alte Lied vom „Veröhnen“ und „Ausgleichen“, das die Arbeiter längst in seiner Nichtigkeit erkannt haben. Auch die Herren

genannt werden. Dieser Erkenntnis noch teilhaftig werden. Der geistig oder körperlich ausgenutzte wird, muß kämpfen um seine Existenz, sonst erreicht er nichts. Diejenigen, die dies einsehen, werden auch ihre Arbeiten und ihre Lohnbewegungen mit anderen Augen ansehen lernen.

Aus der Papierindustrie.

Der Verband der Arbeiterschaft der Papier-, der Gemischen, Gummi- u. Industrie Oesterreichs

hielt am 2. und 3. Juni seine Generalversammlung zu Wien im Arbeiterheim des 10. Bezirkes ab. Als Tagesordnung war vorgeschlagen: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kontrollen. 3. Bericht des Schiedsgerichts. 4. Organisation. 5. Statutenänderung. 6. Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen. 7. Wahlen. 8. Allgemeine Anträge und Anfragen. Die Tagesordnung wurde bestätigt. Vertreter waren: der Vorstand durch 10 Personen, 6 Personen des städtischen Gewerkschaftsausschusses, 119 Delegierte und eine Delegierte. Als Vertreter ausländischer Organisationen waren erschienen: für den Verband der Gemischen Arbeiter Ungarns Franz Kovacs und für unsere Organisation Kollege Aug. Breg. Von den beiden ausländischen Vertretern wurden Ansprachen gehalten, die sich u. a. auf die Organisationsverhältnisse der betr. Länder bezogen. Wie der Vertreter der Gemischen Arbeiter Ungarns mitteilte, ist die Organisation dort 2000 Mitglieder stark. Bis vor kurzer Zeit war der Tagelohn in Gemischen Fabriken 1,70 Mk. Der Organisation ist es gelungen, die Löhne um 40 Prozent zu erhöhen. Nach den Ansprüchen der ausländischen Vertreter nahm das Mitglied der österreichischen Gewerkschaftskommission Franz Domes das Wort, um auf die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation zu verweisen. Nach dem Wahlsiege sei Kämpfen für den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dringend erforderlich, um die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben. Das Interesse für den Lohnkampf zu fördern und die organisatorischen Vorbedingungen für die Lohnkämpfe zu schaffen sei dringendes Bedürfnis. — Die österreichischen Kollegen haben in Prag für die Arbeiter, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, sondern scheidlich reden, ein Exekutivkomitee eingesetzt, auch die Zeitung erscheint in einer scheidlichen Ausgabe. Der Obmann der scheidlichen Exekutive, Genosse Luyth, nahm das Wort, um besonders der finanziellen Verbesserung der Organisation das Wort zu reden. Die scheidlichen Arbeiter seien die ersten gewesen, welche die Forderung nach einer höheren Leistung für den Kampffonds gestellt hätten. Sie seien zu dieser Generalversammlung gekommen, um wie ein Mann für die obligatorische Steuer für den Streifonds zu stimmen.

Die Verhandlungen wurden auch in scheidlicher, polnischer und italienischer Sprache geführt, so daß Uebersetzungen erforderlich waren. Trotzdem gelang es, die Generalversammlung nach 19stündiger Dauer zu beenden. Den Geschäftsbericht haben wir unseren Kollegen bereits in Nr. 22 des „Proletarier“ zur Kenntnis gebracht. Sie haben daraus ersehen, daß auch unsere österreichischen Brüder tüchtig vorwärts gekommen sind. Die Zahl der Mitglieder hat sich verdreifacht, die Kämpfe sind zahlreicher und auch erfolgreicher geworden. Die Ausgaben für Unterstufungen haben sich bedeutend gemehrt und die Frage spruchreif gemacht, wie dem Verband größere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen sind. Der Bericht ward mündlich noch ergänzt. Diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß es mit dem Arbeiterschutz in Oesterreich noch langsamer vorwärts geht wie in Deutschland. Es ist das besonders dem Widerstand der Unternehmergruppe geschuldet. Die Regierung hatte die Absicht, ein Verbot des weißen Phosphors zur Herstellung von Zündhölzern zu erlassen. Das ist den Mitteilungen zufolge von der Fabrik „Solo“ verhindert worden. Der Verband hat einen Arzt in die Gefilde dieser Fabriken geschickt, um die Wirkungen der Phosphor-Neurose zu erforschen. Gegen letztere sowohl als auch gegen die 12-, 24- und 36-Stunden-schichten in der chemischen Industrie soll ganz besonders der Kampf geführt werden.

Wenn vor den Wahlen die Unternehmer offen den Kampf gegen das Koalitionsrecht führten und sogar ein Gesetz forderten, nachgegebend dem deutschen, betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, so kann man heute sagen: Es wird kein Reichsrat in Oesterreich sich finden, der ein Gesetz vorlegen wird, nachgegebend dem deutschen, und es wird kein Reichsrat wagen, das Koalitionsrecht einzuschränken.

Nachdem die erstellten Berichte überlegt beantragte der erste Diskussionsredner, den Bericht des Vorstandes genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. Der Antrag wurde, nachdem er noch von einem anderen Redner Unterstützung gefunden, zum Beschluß erhoben. Der Bericht der Kontrolle (Revisoren) gipfelt in der Empfehlung eines Antrages auf Erteilung von Entlastung und Abstattung des Dankes für die Beamten Auer und Schrammel. Ohne Debatte gelangte dieser Antrag zur Annahme. Die Punkte Organisation und Statutenberatung führten nicht zu einer allgemeinen Debatte, obwohl durch die Vorschläge des Vorstandes das Agitations- und Wirkungsgebiet des Verbandes auf die Arbeiter in der chemischen- und Papierindustrie beschränkt wird. Der Referent führte aus, daß die Organisation der Gemischen Arbeiter sich nicht aller Anorganisierten annehmen könnte. Nachdem die Referate in deutscher und scheidlicher Sprache gehalten, ward ohne Debatte die Statutenvorlage des Vorstandes en bloc angenommen. Damit kamen die Beratungen am ersten Tage zum Abschluß.

Am zweiten Tage begrüßte der Genosse Steiner von der scheidlichen Gewerkschaftskommission die Generalversammlung. Dann ward in die Beratung der Punkte 4 und 5: Geschäftsordnung und Streitrengemittel eingetreten. Es ward hierbei eine Erhöhung des Beitrags und Herabsetzung der Unterstützungsätze vorgesehn, weil bei der jetzigen Finanzgebarung größere Summen nicht aufgebracht werden könnten. Auch in Oesterreich, dessen Unternehmer es den deutschen Arbeitgebern abgucken, wie die Arbeiter belächelt werden, ist auf Ausparungen zu rechnen. Da müssen Mittel bereit gehalten werden. Auch bei diesen Punkten ward von einer Generaldiskussion abgesehen und gleich in die Spezialdebatte eingetreten. Die Vorschläge des Vorstandes gelangten darauf zur Annahme. Wir geben daraus Beiträge und Leistungen wieder:

§ 4. Die Einschreibgebühr beträgt in der 1. Klasse 60 Heller gleich 51 Pf., in der 2. Klasse 50 Heller gleich 42 1/2 Pf., in der 3. Klasse 30 Heller gleich 25 1/2 Pf. Mitglieder, welche aus Vereinen übertreten, mit denen ein Gegenseitigkeitsverhältnis besteht, sind von der Einschreibgebühr befreit. Die 3. Klasse ist nur für Arbeiterinnen bestimmt.

§ 5. a) Der ordentliche Mitgliedsbeitrag beträgt: in der 1. Klasse pro Woche 42 Heller gleich 35 Pf., in der 2. Klasse pro Woche 36 „ „ 30 „ „ 3. „ „ 26 „ „ 21 1/2 „ „

b) Die Verbandsbuchhaltung rechnet von jedem Wochenbeitrag 10 Heller zugunsten des Krankenunterstützungsfonds und 2 Heller zugunsten des Delegiertenfonds ab.

§ 6. a) Jedem männlichen Mitgliede steht es frei, einer beliebigen der ersten 2 Klassen beizutreten. Salzarbeiter können auch der 3. Klasse mit 26 Heller Wochenbeitrag beitreten.

b) Weiblichen Personen ist der Beitritt in welche Klasse immer gestattet.

c) Der Uebertritt von einer Klasse in die andere kann jederzeit erfolgen. In eine höhere Beitragsklasse Uebergetretene haben erst dann Anspruch auf die dieser Beitragsklasse angemessene Unterstützung, wenn sie mindestens durch 52 Wochen die höheren Beiträge geleistet haben.

d) Mitglieder, welche von einer höheren in eine niedrigere Klasse übertreten, haben von dem Tage ihres Uebertritts nur Anspruch auf Unterstützung der niederen Klasse.

Dafür haben die Mitglieder nach Ablauf einer Karenzzeit von 52 Wochen Anspruch auf Krankenunterstützung und Sterbegeld. Nach der gleichen Zeit haben weibliche Mitglieder Anspruch auf einen Entbindungskostenbeitrag.

Nach § 17 beträgt die Krankenunterstützung täglich 60 Heller gleich 51 Pf. und beginnt mit dem vierten Tage der Krankheit. Bei anerkannter Erkrankung eines Mitgliedes im Laufe von 12 Wochen gilt dieselbe als Fortsetzung der ersten Krankheit und erfolgt die Zahlung des Krankengeldes vom ersten Tage an. Eine neuerliche Erkrankung nach 12 Wochen wird nicht mehr als Fortsetzung der

ersten Krankheit betrachtet und daher als neue Erkrankung unterstellt. Dieselbe ist nur denjenigen anspruchsberechtigten Mitgliedern auszusprechen, welche den Nachweis erbringen, daß sie für ihre Krankheit aus von jener Krankenkasse bezogen haben, der sie gemäß dem Gesetz vom 30. März 1888, N. G. Bl. Nr. 33, angehören. Der Nachweis des von dieser Krankenkasse bezogenen Krankengeldes ist dem Ortsgruppenleiter für jede Woche zu erbringen, für welche von der Ortsgruppe die Krankenunterstützung beansprucht wird.

Widowinnen bekommen nach einer normal verlaufenen Entbindung 12 Kronen gleich 10,20 Mk. Für alle aus der Entbindung entstehenden Krankheiten bekommt die Widowerin erst von der fünften Woche ab, vom Tage der Entbindung an gerechnet, das durch die Geschäftsordnung bestimmte Krankengeld.

Die Dauer der Unterstützung währt im Laufe eines Jahres 20 Wochen. Das Krankheitsjahr beginnt bei jedem Mitglied vom ersten Tage seiner Erkrankung. Auf eine weitere Krankenunterstützung hat das Mitglied erst wieder ein Jahr nach der letzten bezogenen Krankenunterstützung Anspruch.

Im Falle des Ablebens eines zum Bezuge der Krankenunterstützung berechtigten Mitgliedes erhalten dessen Angehörige, die im gemeinsamen Haushalt mit ihm lebten, 25 Kronen = 21,25 Mark als Sterbegeld.

b) Diese Unterstützung erhöht sich nach dreijähriger Mitgliedschaft auf 35 Kronen = 29,75 Mark, nach fünfjähriger Mitgliedschaft auf 40 Kronen = 34 Mark.

c) Angehörige von ordentlichen Mitgliedern, welche während der Zeit ihrer Mitgliedschaft aus keinem Unterstützungswege eine Unterstützung bezogen haben, erhalten nach einer dreijährigen Mitgliedschaft 40 Kronen = 34 Mark, nach fünfjähriger 60 Kronen = 51 Mark, und nach zehnjähriger 100 Kronen = 85 Mark Sterbengeld.

Arbeitslose erhalten, wenn sie durch 52 Wochen bis zum Tage der Arbeitslosigkeit Beiträge entrichtet haben, eine Unterstützung und zwar:

in der 1. Klasse pro Woche 8 Kronen gleich 6,80 Mk.
" 2. " " " 7 " " 5,95 " "
" 3. " " " 5 " " 4,25 " "

§ 26. Kranke Mitglieder haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

§ 27. a) Die Dauer der Arbeitslosenunterstützung richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft. Die Arbeitslosenunterstützung wird einem Mitgliede ausbezahlt im Laufe eines Jahres:

nach 1 jähriger Mitgliedschaft durch 7 Wochen
" 2 " " " 8 " "
" 3 " " " 9 " "
" 4 " " " 10 " "

Die Reiseunterstützung wird nach Tagen ausbezahlt und bekommt das Mitglied bloß für so viele Tage Unterstützung, als von der letzten Abgangsstelle bis zur Zahlstelle, wo die Unterstützung beantragt wird, verfloßen sind.

§ 49. Die Reiseunterstützung beträgt für Mitglieder der wöchentlich

1. Klasse 8 Kronen gleich 6,80 Mk. 1,14 Kronen
2. " 7 " " 5,95 " " 1,—" "
3. " 5 " " 4,25 " " 0,71 " "

An Ueberfiedelungsbeiträgen werden bezahlt an Mitglieder, die für Arbeitslosenunterstützung berechtigt sind: 5 Kronen bis 30 Kronen, bei einem genugberechtigten Ehepaar 40 Kronen.

Der Schutzfonds (Streifonds) erhebt von jedem männlichen Mitgliede 10 Heller gleich 8,5 Pf. und von jedem weiblichen Mitgliede 5 Heller gleich 4,25 Pf. Beitrag.

Die Höhe der Unterstützung regelt sich nach der Dauer der Mitgliedschaft, und zwar bei einer Beitragsleistung von:

pro Woche täglich
26 Wochen 6 Kr. gleich 5,10 Mk. oder 1,— Kr. gleich 0,85 Mk.
52 " 8 " " 6,80 " " 1,33 " " 1,14 " "
2 Jahren 9 " " 7,65 " " 1,50 " " 1,28 " "
3 " 10 " " 8,50 " " 1,66 " " 1,41 " "
4 " 11 " " 9,35 " " 1,83 " " 1,63 " "
5 " 12 " " 11,20 " " 2,— " " 1,70 " "

Weibliche Mitglieder haben nur Anspruch auf die Hälfte der im § 12 angeführten Unterstützungen. Für Kinder streitender Mitglieder wird pro Woche 1 Krone gezahlt.

Unter den allgemeinen Anträgen fiel ein Antrag der Ortsgruppe Wien auf, nach welcher das Markenwesen abgeschafft werden sollte. Dieser Antrag ward zurückgezogen. Ein Antrag des scheidlichen Exekutivkomitees, einheitliche Marken für alle Fonds zu führen, ward dem Vorstand überwiesen. Das Verbandsorgan soll alle 14 Tage vierseitig erscheinen. Der Zeitpunkt der veränderten Erscheinungsweise ist vom Vorstand festzusetzen. Für die scheidliche Ausgabe wird der Titel „Lucebnik“ (Der Gemische Arbeiter) gewählt. Nachdem die Wahl der verschiedenen Funktionäre vollzogen, wurde die Generaleversammlung nach einem Schlusswort des Genossen Auer am 3. Juni 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Aus den Ziegeleien.

— **Altenburg (S.-M.).** In einer Arbeitseinstellung kam es am 27. Mai in den Hagerischen Ziegelwerken, deren Hauptinhaber der „sozial positiv tätige“ Reichstagsabgeordnete für Altenburg, Geheimerr Kommerzienrat Edmund Schmidt ist. Schon seit langer Zeit beschwerten sich die Arbeiter dieses Betriebes, daß sie bei dem herrschenden Kolonnen-Affordsystem bei der Berechnung ihres verdienten Lohnes stets im Unklaren seien. Sie mußten Sonnabends mit dem färlieb nehmen, was sie ausbezahlt erhielten. Dabei gab es natürlich immer Enttäuschungen. Die Arbeiter machten aber immer nur eine Faust im Saad, etwas zu sagen getraute sich niemand, weil sie nicht organisiert waren. Seit kurzem haben sich aber die Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation angeschlossen, und nun erlaubten sie sich schon eher etwas. Am Montag, den 27. Mai, gab es wieder Debatten über die Lohnzahlung. Der Direktor Hagelmoser ließ dabei eine Bemerkung fallen, die ungefähr besagte: „Da schließen wir einfach den Betrieb.“ Die Arbeiter gingen einmütig auf den Vorschlag ein, und machten Schluß. Nun war der Direktor in der Klemme. Er war denn auch bereit, mit einer Kommission zu verhandeln, nur nicht mit dem — Köppler, dem Vertreter der Organisation. Natürlich gab es auch dabei keinen Unmut über den Anschluß der Arbeiterschaft an die f f f Organisation unterhöhlen Ausdruck. Es wurden dann folgende Forderungen erhoben: es werden pro 1000 Steine bezahlt an der großen Presse mit zwei Strängen für Lehmfahren 15 Pf., Einpußen 25 Pf., Wagenziehen 13 Pf., Frauen 12 Pf. An der kleinen Presse mit einem Strang für Lehmfahren 24 Pf., Einpußen 25 Pf., Wagenziehen 18 Pf., Frauen 15 Pf. Für Abziehen werden 95 Pf. pro 1000 gezahlt, gegen 75 Pf. bisher. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden wurde zugesagt. Ob sich die neuen Forderungen bewähren, ist heute noch nicht zu übersehen, da die Arbeiter bisher über die Berechnung völlig im Unklaren waren. Die Arbeiterschaft hat durch ihr einmütiges Zusammenstehen immerhin einige Verbesserungen erzielt. Hoffentlich halten sie das Ertrugene durch fernere Einigkeit und festere Anschluß an die Organisation auch fest, und schaffen damit die Fundamente zu weiteren Verbesserungen. Nur müssen wir darauf bestehen, daß in Zukunft Arbeitseinstellungen ohne vorherige Verständigung mit der Organisationsleitung vermieden werden, wenn die Organisation die schweren Folgen, welche daraus entstehen können, tragen soll. Allen Kollegen aber soll dies ein neuer Ansporn sein, unermüdet zu arbeiten, bis auch der letzte Mann organisiert ist.

— **Coswig (Anh.).** Die Lohnbewegung der Ziegeleiarbeiter ist beendet. Mit dem Resultat können wir vorläufig zufrieden sein. Der Stundenlohn wurde von 25—26 Pf. auf 30 Pf. erhöht, außerdem erhalten sie jetzt 11 Stunden bezahlt, früher nur 10 Stunden. Um eine Arbeitsniederlegung zu vermeiden, gaben sich die Kollegen mit dem Ertrugenen zufrieden. Die Ortsverwaltung wurde jedoch beauftragt, bei günstiger Gelegenheit eine weitere Verbesserung in die Wege zu leiten. Sache der hiesigen Ziegler ist es nun, an dem Ausbau der Organisation tüchtig mitzuhelfen, um auch den letzten Mann für den Verband zu gewinnen. Dann wird auch die Orts-

verwaltung zur gegebenen Zeit ihren Auftrag ausführen können, dann wird es auch möglich sein, nicht nur eine weitere Lohnerhöhung, sondern auch die Arbeitszeitverlängerung, die uns diesmal verjagt blieb, durchzuführen.

— **Straubing.** Zum Zieglerstreik in Straubing. Die 5. Woche dauert bereits der Streik in den hiesigen Ziegeleien. Mit fetterer Rücksichtslosigkeit wurde jede Unterhandlung mit der Verwaltung zurückgewiesen. Die Bemühungen des hiesigen Bürgermeisters, Frieden zu stiften, wurden von den Herren Ziegeleibesitzern ebenfalls zurückgewiesen. Die Herren wollen sehen, wer der Stärkere ist. Die Kollegen und Kolleginnen hatten sich gut. Interessant ist, daß die Ziegeleibesitzer unseren italienischen Kollegen 40 Proz. Lohnaufbesserung anbieten, die Kollegen erklärten aber, wenn den deutschen Arbeitern nichts gegeben würde, wollten auch sie nicht arbeiten. Mit dieser Lohnaufbesserung sollte nämlich die Einigkeit der Streikenden gebrochen werden. Die Solidarität hat den Herren einen Strich durch den feinen Plan gemacht. Streifbächer in nennenswerter Zahl sind nicht vorhanden, nur Kinder arbeiten. Belommen die Herren nicht diese Woche Hälfte durch Streifbächer, dann dürften sie doch gezwungen sein, nachzugeben oder ihren Betrieb zu schließen. Mehr wie 300 Kollegen, namentlich Italiener, sind bereits abgereist.

Vom sozialen Kampflage.

— **Lohnbewegungen und Streiks der Mitgliederschaft Leipzig vom 1. Januar bis 15. Mai 1907.** Die auch im Jahre 1907 noch anhaltende Sozialkonjunktur auf allen Gebieten der Industrie und die damit im Zusammenhang stehende Ausbeutung der Lohnsklaven brachte trotz der enormen Dividenden und Gewinne, die die Vertreter des Kapitals einsteckten, den Arbeitern keine Besserung in ihren gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen.

Wenn auch hier und da die Arbeiterschaft durch ihr Vorgehen sich eine Lohnerrhöhung erringen konnte, so sind dieselbe doch in gar keinem Verhältnis zu den enormen Preissteigerungen fast aller notwendigen Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikeln.

Diese unsere Auffassung teilt auch das „Reichsarbeitsblatt“. Zu Nr. 1 vom Jahre 1907 heißt es da:

„Die günstigen Arbeitsverhältnisse vermochten von den Arbeitern, trotz im allgemeinen steigender Löhne, nicht voll ausgenutzt zu werden, weil mit der günstigen Konjunktur eine sehr erhebliche Preissteigerung fast aller notwendigen Lebensmittel einherging. Worauf diese Preissteigerung zurückzuführen ist (Steigerung der Nachfrage durch die gute Konjunktur, Zolltarif, Nachwirkung schlechter Ernten usw.), kann hier nicht im einzelnen erörtert werden, jedenfalls war sie dazu angetan, die Wirkung der Lohnerrhöhungen — die mit ihr begründet wurden — zum nicht unerheblichen Teil wieder aufzuheben.“

Diese, gewissermaßen amtliche, Bestätigung unserer Ansicht wird für unsere Kollegen ein Ansporn sein, unablässig zu arbeiten, um dem Kapital noch mehr, als schon geschehen, vom erarbeiteten Mehrwert für uns zu entreißen. Die Unternehmer aber dürfen zu der Einsicht gekommen sein, daß unsere Organisation ein Machtfaktor geworden ist, der einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben vermag.

Es soll nun hier kurz über die einzelnen Lohnbewegungen berichtet werden.

Der Streik in der Chemischen Fabrik von Brodmann wurde als Abwehr von Maßregelungen geführt. Kurz vorher war ein Tarif anzukommen, der für die Kollegen bedeutende Verbesserungen der Lohnverhältnisse brachte. Die Firma versuchte nun, sich dieses Tarifs wieder zu entledigen; sie entließ einen Arbeiter nach dem andern und stellte dafür neue Arbeitskräfte ein. Die Organisation war deshalb gezwungen, den Kampf mit der Firma aufzunehmen. Nach vierwöchentlicher Dauer mußte derselbe beendet werden, da die Firma genügend Arbeitskräfte zur Verfügung hatte. In Betracht kamen 25 Kollegen.

Die in der Eisenhütte von Mügge u. Co. beschäftigten Gusspuher waren wiederholt mit der Geschäftsleitung in Differenzen geraten. Die Firma verlangte, daß jedes Stück Guss, das beim Fugern zerbrach, also schadhaft wurde, von den Fugern bezahlt würde. Es ist sogar vorgekommen, daß die Fugler die Holzbohle bezahlt mußten für ein Stück, das nachträglich geschweiselt wurde. Außerdem zog die Firma kurzhand den Fugern 6 Mk. pro 100 Kilo für zerbrochenen Guss ab. Nach mehrmaligen Verhandlungen erklärte sich die Firma bereit, Gußstücke, die beim ordnungsgemäßen Fugern zerbrachen, nicht mehr vom Lohne abzuziehen.

Die in Zementwarenfabriken beschäftigten Kollegen waren in diesem Jahre wiederum gezwungen, an die Unternehmer mit Lohnforderungen heranzutreten, da die meisten Unternehmer nach dem im vorigen Jahre verloren gegangenen Streik die Löhne reduziert hatten. Gefordert wurde 9stündige Arbeitszeit, 60 Pf. Stundenlohn für Zementarbeiter, 50 Pf. für Maschinenführer und 45 Pf. für Hilfsarbeiter. Da die in Betracht kommenden Firmen mit einigen Ausnahmen dem Verbands der Zement-Industriellen angehören, lassen wir uns veranlassen, mit dem Vorsitzenden dieses Verbandes in Verbindung zu treten. Nach mehrmaligen Unterhandlungen wurde der Lohn für dieses Jahr auf 58 Pf. festgesetzt, und für Maschinenführer auf 60 Pf. Infolge dieses geringen Entgegenkommens seitens der Industriellen lehnten die Kollegen es ab, für dieses Jahr einen Tarif mit den Unternehmern abzuschließen. Zu bemerken ist noch, daß der Stundenlohn von 60 Pf. bei den Nichtverbandsfirmen gezahlt wird. Bei einer dem Verbands nicht angehörigen Firma wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Grund nachstehender Bedingungen auf zwei Jahre tariflich festgelegt: 9stündige Arbeitszeit, 60 Pf. Stundenlohn für Zementarbeiter, 50 Pf. für Maschinenführer, Freigabe des Werkzeuges, Anerkennung der Organisation und Freigabe des 1. Mai.

In der Siegwartballenfabrik von Theodor Hülshner kam es ebenfalls zu einem Tarifabschluß. Erreicht wurde neunstündige Arbeitszeit, 45 Pf. Stundenlohn (für ältere Arbeiter 42 Pf. pro Stunde), 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden und 50 Prozent Zuschlag für Sonntagarbeit, Anerkennung der Organisation und Freigabe des 1. Mai. Die Firma verpflichtete sich, nur organisierte Arbeiter einzustellen.

In den Tonsteinwerken von Fischer u. Galow, Eschlo, Schlichting, Walländer und dem Werke Densa war es uns möglich, die Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden herabzubringen. In Betracht kamen hier 215 Kollegen. Infolge von Abzügen an den Arbeitslöhnen legten 19 Kollegen der Freiherren von Sternburgischen Ziegeleien in Eschlo die Arbeit nieder. Nach mehrmaliger Unterhandlung mit der Organisationsleitung wurden die Abzüge abgewehrt und gleichzeitig neue Forderungen gestellt. Erreicht wurde zehnstündige Arbeitszeit, Sonnabends bis 4 Uhr, Pressenarbeiter pro 1000 Steine 3 Mk. 75 Pf., früher 3 Mk. 35 Pf. Dienarbeiter pro 1000 Steine 2 Mk. 20 Pf., früher 2 Mk. Abzieher pro 1000 Steine 90 Pf., früher 70 Pf. Stundenlohn pro Stunde 40 Pf., früher 35 Pf. Die Organisation ist anerkannt, der 1. Mai wird freigegeben. Nach 2 1/2stägiger Arbeitsniederlegung nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf.

In der Maschinenziegelei Gausch waren die Kollegen schon lange nicht mehr mit den gezahlten Löhnen zufrieden. Die schlechten Organisationsverhältnisse gefasteten uns aber nicht, einen wirksamen Druck auf die Firma auszuüben. Durch einige Betriebsversammlungen wurde das Verlangen nachgeholt und der letzte Mann der Organisation zugeführt. Die hierauf der Firma unterbreiteten Forderungen lauteten: 10 bis 15 Prozent Lohnerrhöhung auf alle Affordätze. Nach langwierigen Unterhandlungen mit der Organisation wurde eine Erhöhung von 6 Prozent erzielt. Der Stundenlohn beträgt 37—39 Pf.

Bei dieser Bewegung dürfte es wohl vielen Kollegen, die erst der Organisation beigetreten sind, zum Bewußtsein gekommen sein, daß es einer längeren Organisationsarbeit bedarf, wenn wir unsere Forderungen voll und ganz durchzuführen wollen. Gerade die erst eingetretenen Kollegen sind es, die sich am radikalsten gebärden und glauben, jedes Zugeständnis, das auf friedlichem Wege errungen wird, zurückweisen zu müssen. Die Art und Weise, in welcher manchmal das Unternehmertum unsere nur zu berechtigten Forderungen zurückweist, lassen die Erregung wohl begreiflich erscheinen, aber jeder Kollege sollte berücksichtigen, daß mit übertriebenen Erregungen

Nicht erzielt wird. Auch bei Lohnkämpfen ist Ruhe die erste Siegerpflicht. In Betracht kamen 52 Kollegen.

In der Maschinenzeile von König genigte eine Versammlung und der Meister legte freiwillig auf die Nordöhne 20 Pf. zu, gleichzeitig wurde den Arbeitern, es kamen nur polnische in Betracht, ein Sparfassenbuch mit einer Einlage von 5 Mk. überreicht mit dem Wunsch, sie möchten bis zum Schluss der Saison aushalten.

Nach mehreren erfolglosen Unterhandlungen mit der Geschäftsleitung kam es im Dampfagewerk von Gödel zu einem Greifstreik, an dem 20 Kollegen beteiligt waren. Nach 14 tägiger Dauer wurde derselbe auf dem Wege der Unterhandlung mit der Organisationsleitung beigelegt. Erreicht wurde eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde. Der Lohn wurde dadurch um 1,70 Mk. pro Woche erhöht.

Wir sehen also Fortschritte auf der ganzen Linie, Fortschritte, die uns bei der notwendigen Kleinarbeit immer wieder ermutigen und zu weiteren Erfolgen anspornen müssen. Eins dürfen wir indes nicht vergessen, alle diese Eigenschaften sind das Werk der Organisation, und je mehr sich die Kollegen an dem Ausbau der Organisation beteiligen, desto größer der Gewinn, der uns in der Form längerer Arbeitszeit und höherer Löhne wieder zugute kommt.

B. H.

Andernach a. Rh. Welchen Nutzen die Organisation für die Arbeiter hat, das hat unsere noch sehr junge Zugehörigkeit zum Verband bewiesen. Der Preis, der in den hiesigen Schwemmliefenfabriken für das Formen von 1000 Steinen gezahlt wird, beträgt in den meisten Fabriken 5 Mk. Die Formen der Firma Kirch hatten sich dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen und forderten nun durch ihren Gauleiter eine Erhöhung des Lohnes von 5 Mk. auf 5,50 Mk. Nach längerem Verhandeln wurde eine Einigung erzielt und folgender Vertrag abgeschlossen:

Weißenthurn a. Rh., den 31. Mai 1907.

Zwischen der Firma A. Kirch, Weißenthurn, und den von derselben beschäftigten Steinformern ist für die Steinzeit 1907 ein Lohn von 5,20 Mk. pro 1000 Steine vereinbart worden; außerdem wird demjenigen Arbeiter, welcher das ihm zugewiesene Geschäft zehnmal umschlägt, eine Prämie von 10 Pf. pro 1000 Steine vergütet.

p. pa. A. Kirch: Für den Fabrikarbeiterverband: Waldemar Jung, Gauleiter. M. S. Kirch.

Dieser Erfolg konnte nur erzielt werden, weil alle in Frage kommenden Arbeiter organisiert waren. Es muß das ein Ansporn für die noch arbeitenden Kollegen sein, ebenfalls in den Verband einzutreten. Das, was die Firma A. Kirch bewilligt hat, das muß auch das Syndikat bewilligen, wenn die Arbeiter nur wollen.

Dresden. Eine Löprezentige Lohnerhöhung verlangten die Hilfsarbeiter der Mälenbauanstalt Gebr. Sed in Dresden. Nach zehnjährigen Verhandlungen mit der von den Arbeitern gewählten Kommission beschloß die Direktion, 5-10 Prozent bewilligen zu wollen, die weitergehenden Wünsche der Arbeiter konnten wegen des jetzigen schlechten Geschäftsganges nicht erfüllt werden. Bei den früheren guten Zeiten, wo Geld in Fülle für die Aktionäre heraus sprang, dachte niemand an die Arbeiterfrage, diese ging ständig leer aus. Mit Rücksicht auf alle in Frage kommenden Verhältnisse erklärten sich die Arbeiter zur Annahme dieser Zugeständnisse von 5-10 Prozent bereit. Die Regelung der Zulage entsprach aber in keiner Weise dem gegebenen Versprechen, die meisten sollten nur einen Reichspennig zugelegt erhalten, einzelne auch 2 Pf. Mit dieser Regelung nicht zufrieden, beauftragte die Arbeiterkommission zu neuer Verhandlungen mit dem ausbreitenden Hinweis und Appell an das schon gemachte Zugeständnis. Das Resultat dieser neuen Verhandlung war aber auch noch nicht voll befriedigend. Es sollten nunmehr Zulagen erhalten 32 Kollegen 1 Pf., 132 Kollegen 2 Pf., 19 Kollegen 3 Pf.; 16 Kollegen, darunter eine Anzahl besser bezahlter Arbeiter, Vorarbeiter, und einige Invaliden sollten eine Zulage gar nicht erhalten. Eine Anzahl Kollegen war mit diesem Erfolg nicht zufrieden, sondern trat mit Energie für Durchführung der geforderten Erhöhung ein; der größte Teil der Kollegen betrachtete aber das jetzt Erzielte als annehmbare Abschlagszahlung und beschloß demnach, die Lohnerhöhung abzuschließen. Für 183 Kollegen wurde bei durchschnittlich 9 1/2 stündiger Arbeitszeit eine Lohnerhöhung von 10,060 Mk. erreicht. Da immer noch 73 Kollegen vorhanden sind, die nur 35 Pf. verdienen, wird keine Ruhe gelassen werden, auch für diese einen besseren Lohn zu erreichen; bei gleichem Zinseffekt aller Kollegen an der Verbesserung ihrer Verhältnisse, so wie es jetzt von den fast vollständig organisierten Kollegen gesagt wurde, dürfte die nächste Bewegung auch noch bessere Früchte tragen.

Galle a. S. Die an der Luftbahn in Droißa beschäftigten Arbeiter von der Urmüllerei Papierfabrik verlangten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Prozent. Sie einigten sich mit der Firma dahingehend, daß von jetzt ab der Lohn 32 1/2 Pf. beträgt. Für Ueberstunden sollen 5 Pf. Zuschlag bezahlt werden. Früher erhielten die Kollegen 30 Pf. Stundenlohn. Es ist also für jeden Beteiligten eine Verbesserung von 25 Pf. den Tag herausgeschlagen.

Reichen. Wie bereits kurz gemeldet, ist der Streit bei der Firma Weimigke Fabrik engl. Eisenblech, Draht- und Kabelwerke Reichen, zugunsten der Arbeiter beendet. Auf beiden Seiten wurde der Kampf mit aller Schärfe geführt. Wie bei allen dergleichen wirtschaftlichen Kämpfen, so zeigte es sich auch hier wieder, daß sich die beherrschenden Organe rücksichtslos auf die Seite der Unterworfenen stellen und so den Arbeitern mit allen nur erdenklichen Mitteln ihren gerechten Kampf ungemessen erschweren. Vor allen Dingen glaubte der in Hiesigkeit wohnende Gendarm bei dieser Gelegenheit einmal sein „Recht leuchten zu lassen“. Gines Tages kam diese „Ordnungsgewalt“ in das Streiklokal und erklärte einigen Streikkomiteemitgliedern gegenüber: „Der das meiste bezahlt, der wird bezahlt.“ Wir haben allerdings auf den Schuß dieses Mannes verzichtet, um so mehr, als wir durch unsere Ruhe und Besonnenheit auch jeglichen Schuß vermeiden konnten. Die Erfolge, welche bei dieser Bewegung für die Arbeiter erzielt worden sind, können als sehr erfreuliche bezeichnet werden. Während vor Beginn des Streiks Arbeiter mit 12 Pf. pro Stunde „entlohnt“ wurden, beträgt jetzt der Mindestlohn für Arbeiter von 16-18 Jahren 20 Pf. pro Stunde, für Arbeiter von 18-20 Jahren 24 Pf., und für Arbeiter über 21 Jahre 28 Pf. Arbeiter an der Weimigke und Weimigke, im Maschinenbau, Eisenblech, Drahtwerke, Kessel- und Blechfabrikanten und Kesselbauern erhalten pro Stunde 32 Pf., als Mindestlohn. Hammerer erhalten 40 Pf., alle übrigen Handwerker 37 Pf. Arbeiterinnen über 18 Jahre erhalten 18 Pf., Arbeiterinnen unter 18 Jahren erhalten eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde, jedoch nur, wenn der Mindestlohn nicht überschritten wird. Arbeiterinnen beim Schmiedewerk erhalten pro Stunde 19 Pf. Alle diese Löhne verstehen sich als Mindestlöhne. Alle Arbeiter, welche den Mindestlohn schon erreicht haben, erhalten eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Diejenigen, welche ein etwas besseres den Mindestlohn erreichen, erhalten einen weiteren Zuschlag von 2 Pf. pro Stunde, alle übrigen erhalten den Mindestlohn. Die Schlichter und Vermittler erhalten zu ihren bisherigen Aufwänden einen Zuschlag von 5 Prozent. Lebensmittel und Sonntagsarbeit wird mit 10 Pf. pro Stunde extra bezahlt. Ein von der Arbeitergewerkschaft beauftragter Arbeiter wird von der Firma amontiert. Mitglieder derselben dürfen nur vom Betriebsleiter und unter Aufsicht der Gewerkschaften werden. Sonst nach Umständen auf ihre Verantwortung zu erklären, werden diese Arbeiter nicht entlohnt. Mühen wegen Arbeitsmangels werden entlohnt werden, je nach die in jeder Branche je nach Umständen je nach Umständen.

Als all diesen Erfolgen wir, daß die Arbeiter dieses Betriebes mit Hilfe ihrer Organisation ein gutes Stück weiter vorwärts gekommen sind. Gerade jetzt in einer Zeit, wo man den Arbeitern auch in ungewissen Krisen die besten Ratschläge hat, ist es gerade jetzt, daß die Arbeiter erkennen lassen, daß die Arbeiter nicht nur durch ihre Organisation zu einem wirtschaftlichen Fortschritt kommen können, sondern auch durch ihre Organisation, dieses Fortschreiten der Arbeiter zu bewerkstelligen. Und bei diesen Erfolgen ist das nicht nur ein Beweis für die Organisation, sondern auch ein Beweis für die Organisation, dieses Fortschreiten der Arbeiter zu bewerkstelligen. Und bei diesen Erfolgen ist das nicht nur ein Beweis für die Organisation, sondern auch ein Beweis für die Organisation, dieses Fortschreiten der Arbeiter zu bewerkstelligen.

der Anschluß an irgend eine Organisation einfach verboten wurde. Aber auch sonst enthält der „Vertrag“ interessante Einzelheiten. So sollte den Leuten für die entstandenen Reisepesen nach und nach die Summe von 40 Mk. vom Lohne abgezogen werden. Per letzte § 3 lautete: „Die Arbeit ist dauernd.“ Nun, wir haben dafür gefordert, daß in diesem Falle die Arbeit eben nicht von langer Dauer war. Bereits am nächsten Tage befanden sich die Leute wieder auf der Fahrt nach ihren heimischen Gefilden.

Schönebeck a. S. Die Arbeiter der Händeltischen und Patronenfabrik von Sellier und Belott (Wt. Salze) haben schon seit längerer Zeit erkannt, daß nur mittels starker Organisation ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden können. Schon im vorigen Jahre wurde durch eine Lohnerhöhung eine annehmbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeigeführt. Vor kurzer Zeit wurden, nachdem fast der letzte Mann der Organisation zugeführt war, wiederum Forderungen eingereicht. Durch mehrmaliges Verhandeln wurde wiederum eine annehmbare Lohnerhöhung erreicht. Nur für die Tischler wollte die Firma anfangs keinen Pfennig zulegen. Darauf legten die Tischler die Arbeit nieder. Dank der Solidarität der gesamten Kollegen gelang es, innerhalb drei Tagen den Tischlern zu ihren Forderungen zu verhelfen und sie auf ihre alten Arbeitsplätze zurückzubringen. Ein inzwischen angenommener Arbeitswilliger (Tauschnummer) vermochte die angekauften Arbeiten nicht zu bewältigen.

Anderes liegen die Verhältnisse bei den Arbeitern derselben Firma, Wt. Schönebeck. Hier hat der Organisationsgebände sehr wenig Eingang gefunden. Trotzdem wagten es mehrere unorganisierte Arbeiter, welche jahrelang bei der Firma beschäftigt sind, vorstellig zu werden, um ihre Lage zu verbessern. Aber die Direktion zeigte kein Entgegenkommen und wies sie unter allerhand Ausreden zurück. Murrend und schimpfend begaben sich die Arbeiter wieder nach ihren Arbeitsplätzen. Einer der „Nadelstiche“ ist sogar entlassen worden. Nun, Arbeiter genannter Firma, seht ihr nun ein, daß nicht durch Betteln und Bitten eure Lage verbessert werden kann? Nur durch stramme Organisation ist es möglich, auch bei eurer lebensgefährlichen Arbeit einen annehmbaren Lohn zu erringen. Darum hinein in den Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverband.

Singen a. S. (Baden). Am hiesigen Ort befindet sich die Fabrik der Weltfirma „Maggi“ (Lebensmittelabrik), welche circa 1000, vorwiegend weibliche, Arbeiterinnen beschäftigt. Die Arbeiterinnen werden mit Stundenlöhnen von 11-17 Pf. beglückt. Früher gab es zum großen Teil Nordarbeit, seit Neujahr ist Stundenlohn mit Prämienzuschlag eingeführt. Besterer beträgt jedoch nur wenige Pfennige in 14 Tagen. Wie sollen Arbeiterinnen, die auf sich selbst angewiesen sind, bei diesen Hungerlöhnen sich rechtlich und ehrlich durchschlagen? Männliche Vollarbeiter erhalten im Stundenlohn 28-32 Pf. Bei diesen niedrigen Löhnen wird den Arbeitern noch eine Kautelen in der Höhe eines vollen Wochenlohnes einbehalten, welche ratenweise in Abzug gebracht wird. Es wird nun Aufgabe der am Plage organisierten Arbeiter sein, ihre Tätigkeit auf dem noch weiten Arbeitsfelde zu entfalten, um die große Masse der uns noch fernstehenden der Organisation zuzuführen. Nur durch eine starke Organisation ist es möglich, den Unternehmern etwas abzurufen und bessere Verhältnisse herbeizuführen.

Wernigerode a. Harz. Zu einem wilden Streik kam es kürzlich hier auf der Holzfabrik von Marzschhausen. Schon im vorigen Jahre waren die Arbeiter auf der genannten Fabrik geneigt, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, eine Preisprüfung mit ihnen wurde vom Kartell beantragt und von den männlichen Arbeitern auch beauftragt. Aber es stellten sich zu der Preisprüfung auch Leute von denen ein, denen es in Wirklichkeit nicht um die Organisation der Arbeiter zu tun ist, sondern deren Bestreben ist, Fank und Zwistigkeiten in die Reihen der Arbeiter zu bringen. Gerade Wernigerode ist unter Berücksichtigung seiner Verhältnisse an diesen Dingen nicht arm. Den Marzschhausen Arbeitern wurde aber durch die Handlungsweise der Nacharbeiter der Beitritt zur Organisation verweigert. Sie sagten sich, wenn sich die organisierten Arbeiter nicht einig sind, dann hat der Beitritt zur Organisation auch keinen Wert. Doch die Folge blieb nicht aus. Die Verhältnisse auf der Fabrik wurden immer schlechter. Im Winter stellten die Arbeiter den jedenfalls nicht ungerechten Antrag, an Stelle der elfstündigen Arbeitszeit eine solche von zehn Stunden einzuführen. Herr Marzschhausen versprach nach längerem Sträuben, den zehn Stunden Tag beschuldigen einzuführen. Einige Wochen ging nun auch. Doch plötzlich machte Herr Marzschhausen die Entdeckung, daß er bei der zehnstündigen Arbeit nicht konkurrenzfähig sei, er verlangte, daß wieder länger gearbeitet werden müsse. Dies war den Arbeitern zu viel, sie gingen zur direkten Aktion über, indem sie abends 6 Uhr die Arbeit verließen. Am nächsten Morgen waren die Tore verschlossen, die Arbeiter ausgeperrt. Als sie ihren Lohn haben wollten, erklärte Herr Marzschhausen, den gebe es nicht, auf Grund der Fabrikordnung. Nun glaubten die Arbeiter, Herr Marzschhausen käme wieder, aber sie irrten sich. Am ersten Tage war man für das Vorgehen begeistert, doch die Begeisterung war bald abgeklungen. Nach einigen Tagen sah man ein, daß es nichts bezweckt werden könne. Herr Marzschhausen erklärte sich bereit, die Leute wieder einzustellen, wenn sie elf Stunden arbeiten wollten. Vom Kartell wurde den Leuten klar gemacht, daß es das beste sei, wenn die Arbeit wieder aufgenommen würde, was dann auch geschah. Daß für die Arbeiter bei der ganzen Sache nichts herauskommen konnte, ist klar, aber der Erfolg ist doch dabei herausgekommen, daß alle Arbeiter einsehen gelernt haben, daß ohne Organisation nicht auszukommen ist.

Korrespondenzen.

Wasslag. Recht miserable Verhältnisse haben die Hilfsarbeiter der Schmeizerischen Kinderwagenfabrik. Es sind in diesem Betriebe annähernd 500 Mann beschäftigt, dreizehntel davon sind ungelernete Arbeiter. Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden, der Unternehmener verlängert sie jedoch nach Belieben. In einzelnen Werkstätten werden erwachsene Arbeiter mit 16 bis 18 Pfennig pro Stunde entlohnt. Die intelligentesten Arbeiterkräfte können es nach jahrelanger Ausbeutung auf 25 Pf. bringen. Ueber diesen Satz hinaus bezahlt die Firma nicht. Im Nord werden 13 bis 18 Pfennig verdient, in Ausnahmefällen erhalten einzelne 19 bis 20 Pfennig. Ein Mann für Nordarbeit ist nirgends zu sehen. Die Behandlung von Seiten der Meister läßt viel zu wünschen übrig. Einzelne Unternehmernutzen verstehen es ganz besonders, bei jeder Geringsfügigkeit die Arbeiter anzuschuldigen, sie sind ja auch für den Profit des Unternehmers da. Nur Demunzianten und Viehliebhaber, deren es nicht wenige im Betriebe gibt, erfreuen sich eines besseren Lebens bei ihren Vorgesetzten. Dieselben erhalten auch, wenn halbwegs möglich, immer besser bezahlte Arbeit. Es sieht den Arbeitern der Schmeizerischen Fabrik nur ein Weg offen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, das ist die Organisation. Darum, ihr Kollegen, agitiert unermüdlich, so wird es auch bei uns vorwärts gehen.

Barmen. Welche finstliche Angst vor der Organisation in den Köpfen vieler Fabrikanten herrscht, beweist folgender Vorfall. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seifenfabrik A. Wilm u. Co. waren zu einer Fabrikerversammlung geladen worden. Als einer der Herren Wilm hörte, daß vor der Fabrik Zettel verteilt wurden, sandte er sein Dienstmädchen zur Polizei, um womöglich die Versammlung zu verhindern. Diese gehörte natürlich sofort und stellte sich in der Versammlung früher ein als die Arbeiter. Den Leuten wurde aber außerdem bei Strafe der Entlassung verboten, in die Versammlung zu gehen, ja sogar das Abnehmen der Handstempel wurde ihnen untersagt. Das außerdem die Kraxen des Herrn Wilm in das Versammlungslokal geschickt wurden, um einzelne Mitglieder des Gebots ihres Herrn festzustellen, ist selbstverständlich. Hoffentlich ziehen die organisierten Arbeiter die Konsequenz aus dem Verhalten des Herrn Wilm, wenn ihnen „Lohns Waspalver“ angeschlossen wird. Herr Wilm will auch die Organisation nicht in seiner Fabrik dulden, die Arbeiter werden daher „Lohns Waspalver“ in ihrem Haushalt nicht dulden.

Doch all dem nicht aber der Verband auch in Barmen gute Fortschritte. Es war aber auch die höchste Zeit, daß die Arbeiter an die Verbesserung ihrer elenden Lage dachten. Werden doch 3 W. in Barmenfabriken Arbeiter mit 14 Mark Wochenlohn entlohnt. Wie rigoros die Macht der Unternehmern ausgenutzt wird, beweist

auch der Vertrag, den die Firmen Wilm, Glas, Weissenbach und Gledhagen untereinander abgeschlossen haben. Laut diesem Vertrag dürfen Arbeiter, die in einer der vier Fabriken gearbeitet haben, innerhalb zwei Jahren von keiner anderen Firma eingestellt werden, ganz gleich, ob sie freiwillig ausgeschieden sind oder ob sie entlassen wurden. Das berartige Verbot ist unheimlich und hat endlich auch die Arbeiter Barmens begriffen und der Gebante der Organisation findet deshalb fruchtbareren Boden. Aber noch mehr wie bisher muß es heißen: Arbeiter und Arbeiterinnen Barmens, organisiert euch, hinein in den Fabrikarbeiterverband.

Köln. Sonnabend, den 1. Juni, tagte im „Volkshaus“ zu Köln a. Rh. eine kombinierte Mitgliederversammlung der hiesigen Arbeitervereine. Die Tagesordnung lautete: Wahl eines beauftragten Geschäftsführers. Hierzu gab Kollege Funt den Bericht der Prüfungskommission. Eingegangen waren 25 Bewerbungen, von denen 2 zur engeren Wahl gestellt wurden. Gewählt wurde Kollege Carl Leib-Hannover. Derselbe soll seine Stelle am 1. Juli antreten. In der darauf folgenden Diskussion, welche sich recht lebhaft gestaltete, führte noch Kollege Lindenberg als Leiter der Versammlung aus, daß jetzt nach Anstellung eines Geschäftsführers die Hände nicht in den Schoß gelegt werden dürfen, sondern, daß mehr als zuvor jeder Kollege mit dazu beitragen muß, die Stärkung unserer Organisation zu heben.

Rundschau.

Die Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1907. Das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht im Aprilheft das Ergebnis der Statistik der Arbeitslosigkeit für das 1. Vierteljahr des laufenden Jahres. Beteiligt an der Berichterstattung haben sich 63 Verbände mit 1.459.205 Mitgliedern. Der Prozentsatz der Arbeitslosen war am 31. März dieses Jahres um 0,2 Prozent höher wie am gleichen Tage des Vorjahres. Die höchsten Arbeitslosenziffern zeigen die Bildhauer, Tischler, Bäcker und Friseur, die niedrigsten die Metallindustrie. Die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit betrug 13 Tage gegen 11 Tage im vorhergehenden Quartal.

Für unsere Organisation bringen wir nachstehend die wichtigsten näheren Angaben unter gleichzeitiger Gegenüberstellung der Bismarck des ersten Quartals 1906.

Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit:
Im 1. Quartal 1906: 2,9
Im 1. Quartal 1907: 4,4
Die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit betrug:
Im 1. Quartal 1906: 15,8 Tage
Im 1. Quartal 1907: 15,0 „
An Arbeitslosenunterstützung wurde bezahlt:
Im 1. Quartal 1906: 31.286 Mk.
Im 1. Quartal 1907: 69.217 Mk.

Während die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit nahezu gleichgeblieben ist, sind die Fälle von Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr um ca. 6,6 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum vierten Quartal 1906 ist nicht nur die Häufigkeit, sondern auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit wesentlich gestiegen. Demnach scheint also die günstige Wirtschaftslage ihren Höhepunkt überschritten zu haben.

Insgesamt wurden von den berichtenden Verbänden im ersten Quartal 1907 an Arbeitslosenunterstützung 1.135.395 Mk. bezahlt; das sind 439.445 Mk. mehr, wie im vorhergehenden Quartal.

Verbandsnachrichten.

Mit dieser Nummer der Zeitung gehen den Zahlstellen die Abrechnungsformulare zu. Laut § 13, Absatz 1 unseres Statuts haben die Bevollmächtigten unter Hinzuziehung der Revisoren binnen 14 Tagen nach Ablauf eines jeden Quartals die Kassenabrechnung vorzunehmen.

Laut Beschluß der Gauleiter-Konferenz muß vom zweiten Quartal 1906 an die Abrechnung in mindestens drei Exemplaren angefertigt werden. Ein Exemplar bleibt in der Zahlstelle, eins geht an den Hauptvorstand und das dritte muß an den Gauleiter gesandt werden.

Ist der Gauleiter innerhalb vier Wochen nach Quartalschluß nicht im Besitz der Abrechnung, hat er eine Revision der Zahlstelle vorzunehmen.

Der Vorstand.

Vom 11. Juni ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Gotha 200,—, Tübingen 150,—, Raumburg a. S. 100,—, Fr. Müller 5,—, Münden 800,—, Schwann 316,39, Bismarck 5,—, Bremen 800,—, Pinneberg 402,16, Jagdschhof, Lokalverband der Maschinenarbeiter 200,—, Eitenburg 150,—, Sommerfeld 120,—, Kassel 100,—, Dypeln 51,92, Plauenischer Grund 800,—, Lagerdorf 400,—, Schweinfurt 300,—, Landsberg a. W. 100,—, Lorch 18,90, Reutlingen 10,32, Garburg 800,—, Fr. Joppich 2,70, Leipzig 800,—, Heidenheim 800,—, Reinfeld 300,—, Göttingen 200,—, Bistfer 200,—, Brandenburg a. S. 100,—, Kolbermoor 37,—.

Schluß: Montag, 17. Juni, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:

Zahlstelle Würzen 5 Pf. pro Woche.
Zahlstelle Wida 10 Pf. pro Woche von männlichen und 5 Pf. von weiblichen Mitgliedern.
Zahlstelle Zerbst 5 Pf. pro Woche.

Eingegangene Zahlstellen.

Schadensleben.
Verloren und für ungültig erklärte Bücher.
Nr. 61962, ausgestellt in Aken auf den Namen Wilhelm Roder aus Glogau.
Nr. 209422 ausgestellt am 7. 10. 1906 für Therese Kisslinger.
Nr. 30198, ausgestellt am 21. 2. 04 für Gustav Buschhölz.
Nr. 45853, ausgestellt am 29. 4. 1905 für Wilhelm Schöpler.
Nr. 155821, ausgestellt am 1. 7. 1906 für ? Rosewesti

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Belmenhorst. B. Hense, Koppelstraße 24.
Kreuz (Ostbahn). Ernst Widemann, Wilhelmstraße.
Sindenberg. Jos. Unger, bei Herrn Karg, nächst dem Brauhaus.
Weißeln. Emil Grohmann, ab 1. Juli 1907 Poststraße 13, 1. Etage.
Dahlebst Reifeunterstützung von 11-1 Uhr und von 6-8 Uhr.
Sonnabends von 9-1 Uhr und von 3-8 Uhr.
Ratibor (D.-Schl.). (Cau 11). Franz Bialdyga, Projahwigerstraße 19.
Traunklein. E. u. Prädlermaier, Schützenstraße 5/2 R.
Wolffen. Franz Giesfeld.
Zossen (Cau 3). Ernst Rönnebeck, Neudorf.

Zahlstelle Königsbütte u. Umgegend.

Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Ring 3.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Beschlüssiges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.
Die Ortsverwaltung.